

LORENZ MAROLDT
SUSANNE VIETH-ENTUS

KLASSEN KAMPF

Was die Bildungspolitik
aus Berlins Schuldesaster
lernen kann

SUHRKAMP

suhrkamp taschenbuch 5231

Lorenz Maroldt
Susanne Vieth-Entus

KLASSEN KAMPF

Was die Bildungspolitik
aus Berlins Schuldesaster
lernen kann

Suhrkamp

Erste Auflage 2022
suhrkamp taschenbuch 5231
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2022

Alle Rechte vorbehalten.

Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks
für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlagabbildung: Glasshouse Images / Getty Images

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-47231-6

www.suhrkamp.de

INHALT

Teil I

Ein Parforceritt durch die Berliner Bildungslandschaft

Das kann ja wohl nicht wahr sein! Doch. Alles, was hier steht, ist wirklich passiert. 9

Teil II

Rerum Cognoscere Causas: Die zehn Stationen des Politikversagens in der Berliner Schule

1. Das Land vertreibt seine Lehrkräfte 49
 - 1.1. Wie es dazu kam, dass Berlin jenseits der Alpen nach Personal suchen musste 51
 - 1.2. Die Universitäten fahren die Studienplätze runter – und keiner merkt's 53
 - 1.3. Warum die Schüler im sozialen Brennpunkt die Hauptlast des Personalmangels tragen 60
 - 1.4. Überforderte Retter: Der schleichende Qualitätsverlust 63
2. Der unheilvolle Zwang zur Reform 67
 - 2.1. Das JüL-Missverständnis: Die Wissenschaft warnt vergeblich 70
 - 2.2. Früheinschulung ohne Pardon: Auch gute Ideen lassen sich ruinieren 74
3. Vergessene Pflichten und ignorierte Gesetze 81
 - 3.1. Tausende Kinder sollen vor der Schule in die Kita. Aber sie kommen nie an. 81
 - 3.2. Alle Lehrkräfte müssen sich der Bewertung durch

ihre Klassen stellen. Eigentlich. Und wenn sie es einfach sein lassen? 86

4. Einstürzende Schulbauten: Wenn Sparsamkeit Substanz zerstört 91
 - 4.1. Wie alles begann: Ein Adventskalender des Schreckens zeigt den Berlinern, was wirklich los ist 93
 - 4.2. Unorganisierte Überzuständigkeit – wie Berlin eine Schulbauoffensive plant 99
 - 4.3. Eine Schule wird zum BER von Kreuzberg 107
5. Wenn iPads mit Digitalisierung verwechselt werden 111
6. Alleingelassen im Brennpunkt 126
 - 6.1. Der Bundespräsident mahnt, aber es ändert sich nichts 130
 - 6.2. Kinder als Insolvenzverwalter 134
 - 6.3. Zu gut für die Verwaltung – eine Schule fällt durch 136
7. Der Ungleichheit auf der Spur: Das Dilemma bei der Migrantenförderung 139
 - 7.1. Als Ost-Berlin zum Drehkreuz für Flüchtlinge aus dem Libanon wurde – und was das mit Berlins Schule zu tun hat 141
 - 7.2. Warum die Frühförderung viele Familien nicht erreicht 147
 - 7.3. 50 Jahre Zuwanderung, aber keine Professur für Deutsch als Zweitsprache 149
 - 7.4. Wie sich das Millionenbudget für die Sprachförderung Jahr für Jahr auflöst 151

8. Die verpassten Chancen: viel Geld, aber keine Expertise 154
 - 8.1. Ein Bonusprogramm verpufft 158
9. Das Schikanieren der Freien Schulen 162
 - 9.1. Eine Schule macht alles richtig und wird doch ausgehungert 165
 - 9.2. Eine Schule macht alles richtig, bekommt aber kein Haus 168
 - 9.3. Eine Schule macht alles richtig, überlebt aber nur dank Sponsoren 171
10. Kein Mut zur Leistung 175
 - 10.1. Wie ein Student aus Bayern die Berliner Abituraufgaben seziert 180
 - 10.2. Vom gescheiterten Versuch, ein bisschen Eigeninitiative zuzulassen 183

Teil III

Auswege aus dem Bildungsdesaster

1. Lehrkräftemangel. *Staatsvertrag statt Kleinstaaterei* 191
2. Reformgau. *Lieber gut verwalten als schlecht reformieren* 196
3. Beliebigkeit. *Pflichten durchsetzen oder aufgeben* 199
4. Marode Schulen. *Von München und Hamburg lernen* 202
5. Digitalisierung. *Klarheit, Verlässlichkeit und Kommunikation* 210
6. Schulen im sozialen Brennpunkt. *Richtig fördern, notfalls schließen* 218
7. Migration und Bildung. *Durch Frühförderung Potentiale entfalten* 223

8. Schulfinanzierung. *Schluss mit dem Gießkannenprinzip* 231
9. Freie Schulen. *Vielfalt fördern* 234
10. Schwache Leistung. *Mehr Macht den Schulen* 239

Ein Nachwort für Berliner Eltern 245

Danksagung 248

Literatur und Quellen 249

TEIL I

Ein Parforceritt durch
die Berliner Bildungslandschaft

Das kann ja wohl nicht wahr sein!

Doch. Alles, was hier steht, ist wirklich passiert.

Es wäre eine schöne Aufgabe für den Deutschunterricht: »Welcher Gattung ordnen Sie das Drama ›Berliner Schule‹ zu: Komödie, Tragödie, Tragikomödie oder Trauerspiel? Begründen Sie Ihre Entscheidung anhand von Beispielen aus der Praxis.«

Andererseits wäre das aber auch eine ziemliche Gemeinheit. Wo sollten die Opfer des Berliner Klassenkampfes da anfangen?

Vielleicht bei dem vergammelten Fenster, das dem Lehrer einer der berüchtigten Berliner Schrottschulen mitten im Unterricht auf den Kopf fällt? Oder lieber bei den Freunden, die während ihrer gesamten Schulzeit nicht einen einzigen ausgebildeten Mathelehrer erleben? Bei dem Schulleiter, der einen neuen Kollegen mit den Worten »Ihre Schüler werden zum Großteil kriminell, arbeitslos oder landen auf der Straße« begrüßt? Oder bei der Meldung »Berliner Lehrer zündet aus Frust Rohrbomben«?

Die Stimmung ist jedenfalls explosiv – und die Bilanz verheerend: Bei allen Vergleichstests in Deutsch und Mathe landen die Berliner Schülerinnen und Schüler seit Jahren auf den schlechtesten Plätzen. In der neunten Klasse erreicht ein Drittel von ihnen nicht mal die Mindeststandards. Jeder fünfte Schüler hat am Ende so wenig gelernt, dass er oder sie wegen völlig unzureichender Fähigkeiten beim Rechnen, Lesen und Schreiben nicht berufsbildungsfähig ist. Und mehr als zehn von hundert Jugendlichen verlassen die Sekundarschule ganz ohne Abschluss. Dabei gibt Berlin inzwischen mehr Geld aus für Bildung als alle anderen Bundesländer. Aber das Resultat ist erbärmlich. Geradezu zynisch wirkt da die Eigenbeschreibung der Bildungsverwaltung auf ihrer Website: »Viele Wege führen zum Ziel.«

Tausende Eltern sind Jahr für Jahr auf der verzweifelten Suche nach einer geeigneten Schule. Nach offiziellen Angaben fehlen Lehrkräfte für Mathe, Deutsch, Englisch, Biologie, Physik, Chemie, Informatik, Wirtschaft, Technik, Musik und Sport – Geografie unterrichteten auch mal Reisekaufleute. Auf die Frage, welche seiner Schulen sanierungsbedürftig seien, sagte der Bürgermeister von Neukölln nur: »Alle.« Ein Stadtrat der Partei, die hier seit mehr als einem Vierteljahrhundert die Bildungspolitik bestimmt, gibt unumwunden zu: »Man kann sich bei den Schulen in Berlin nur noch entschuldigen.«

Versprochen hatte der Senat 2016, »die personelle Ausstattung der Schulen zu verbessern und damit einen entscheidenden Schritt zu gehen, um Unterrichtsausfall und Überlastung der Lehrkräfte deutlich zu reduzieren«. Daran glaubten nicht mal die Schulbuchverlage – im Mathe-Arbeitsheft für Klasse 5 druckten sie folgende Schätzaufgabe: »Wie viele eurer Unterrichtsstunden fallen diese Woche aus?« Tatsächlich verzweifeln auch fünf Jahre später überlastete Kollegien an ihrer Arbeit. Auf ihre Hilfe-Schreiben bekommen sie nicht einmal mehr eine Antwort. Und sogar Studierende werden akquiriert, Motto: »Unterrichten statt kellnern«. Na, dann Prost.

Eine Bildungsetage höher dagegen feiert sich die Berliner Politik für ihre vermeintliche Exzellenz: Die Wissenschaftslandschaft blüht, Berlin ist attraktiv für Forscherinnen und Forscher, für Lehrende und Lernende aus aller Welt, die Universitäten gehören zur Spitzenklasse. Und während die einen verkniffen die Schulmängel verwalten, tragen die anderen stolz das »World University Ranking« des britischen Magazins *Times Higher Education* mit sich durch die Gegend: Demnach gehören die Berliner Unis zu den besten 15 Hochschulen in Deutschland – und zu den 150 besten weltweit.

Im Penthouse der Berliner Bildungspolitik sind die Aussich-

ten prächtig. Doch unten haust das Schulprekariat. Hier gibt es Schimmel statt Schampus. Als hätten Hochschule und Schule nichts miteinander zu tun, hat die Feiargesellschaft die Leiter nach oben gezogen und merkt dabei nicht, dass sie sich selbst aushungert. Denn die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Studierenden von morgen – oder eben auch nicht. Und weil der Senat den Unis lange Zeit freie Hand bei der Studiengestaltung gab, blieb auch die Lehrerausbildung in Berlin auf der Strecke. Als Berlin 2016 für die Grundschulen tausend neue Lehrerinnen und Lehrer brauchte, schlossen hier gerade mal 175 ihr Studium ab – schlimmer plante kein anderes Bundesland am eigenen Bedarf vorbei.

Dazu verließen junge Lehrerinnen und Lehrer die Stadt in Scharen. Der Senat hatte Jahre zuvor entschieden, sie nicht mehr zu verbeamen, zur Freude der Gewerkschaft: So konnten sie wenigstens noch streiken. Der Finanzsenator hatte nicht nur die enormen Pensionslasten im Blick, sondern hielt die Verbeamtung offenbar auch für gesundheitsgefährdend. Die Statistik gibt ihm recht: Beamte sind 42 Tage im Jahr krank – Angestellte zehn Tage weniger.

Auch andere Bundesländer strichen anfangs die Verbeamtung, doch schon bald kehrten sie dazu zurück, um die Abwanderung der Lehrkräfte zu verhindern. Am Ende war Berlin das einzige Bundesland ohne verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer – ein enormer Konkurrenznachteil, zumal die Stadt immer teurer wurde.

Die Bildungsverwaltung begann 2014, um Quereinsteigende zu werben. 2018 reichten dann nicht mal mehr die, um die 400 000 Schülerinnen und Schüler der Stadt zu unterrichten. Jetzt waren der Bildungsverwaltung wirklich alle willkommen: Pensionäre, Studierende, Logopäden ... einzige Voraussetzung: »Aufgeschlossenheit gegenüber fachlichen und didaktisch-me-

thodischen Entwicklungen.« Aber wer sich melden wollte, fand keinen Anschluss: Die »Service-Stelle« war nur an neun Stunden in der Woche besetzt. In Bayern, wo kein Lehrermangel herrscht, ging schon immer selbst am Freitagnachmittag noch jemand ans Telefon. »Eine Selbstverständlichkeit«, sagt die freundliche Dame in schönstem Bayerisch am Telefon.

Es fehlen Lehrer – und es fehlen Schulplätze, zehntausende. Als das im Sommer 2019 bekannt wurde, war die Stadt schockiert. Die Zahlen basierten auf einem Bericht der »Taskforce Schulbau«. Die Linken sprachen von einer »sehr beunruhigenden Information«, die Grünen von »alarmierenden Zahlen«. Der Berliner Landeselternausschuss attestiert der Senatorin in einem offenen Brief eine insgesamt katastrophale Bilanz. »Schönreden und Intransparenz helfen hier nicht weiter!«, schrieb der Vorsitzende Norman Heise (den die Senatorin zuvor für »seine ruhige Art, seine Gelassenheit« gelobt hatte). Heises Forderung: ein Krisengipfel. Auch die damalige GEW-Vorsitzende Doreen Siebernik unterstützte die Forderung des Landeselternausschusses. »Wir haben seit 2012 darauf hingewiesen, dass Plätze fehlen. Seitdem wird immer nur an der Oberfläche gekratzt. Ich erkenne keine Strategie«, sagte sie dem Newsletter Checkpoint, und: »Das ist schlimmer als ein Vulkanausbruch, das ist eine Explosion.«

Doch eine Bildungskrise vermochte die Senatorin nicht im Ansatz zu erkennen: »Sehe ich nicht«, sagte sie im selben Jahr in der Martin-Niemöller-Grundschule in Hohenschönhausen, wo sie das erste kostenlose Schulmittagessen als Erfolg verschenkte. Hätte sie ihr Paralleluniversum für einen Moment verlassen, wäre ihr vielleicht eine Umfrage unter fünfzig Schulleiterinnen und Schulleitern staatlicher Berliner Gymnasien aufgefallen – das Ergebnis: Mehr als die Hälfte von ihnen hatte fest eingeplante Lehrkräfte kurzfristig verloren. Siebzig voll ausgebildete

Lehrkräfte hatten ihren Wegzug in ein anderes Bundesland angekündigt. Nahezu alle Gymnasien waren in den vergangenen drei Jahren von Abwanderungen aus Berlin betroffen. Achtzig Prozent der Wechsler begründeten ihren Fortgang mit einer Verbeamtung anderswo, wie die Umfrage der Vereinigung der Berliner Oberstudiendirektoren ergab. Von sieben Zielbundesländern war Brandenburg das beliebteste. Alle der nach Brandenburg abgewanderten Lehrerinnen und Lehrer wurden in Berlin ausgebildet, und alle unterrichteten mindestens ein Fach, das in Berlin als Mangelfach gilt.

Als zum Ende des Schuljahrs 2021 wieder 846 Lehrkräfte Berlin verlassen hatten, insgesamt waren es seit 2017 damit 3270, erklärte Staatssekretärin Beate Stoffers: »Die Gründe werden nicht statistisch erfasst, sind jedoch grundsätzlich bekannt.« Die Folgen jedenfalls sind schlimm, die Überforderung ist allgegenwärtig: Es macht sich mehr und mehr Fatalismus breit – und das in einer Stadt, in der Leistung ohnehin schwer verdächtig ist. So stellten Berlins Schulinspektoren den Schulen trotz niedrigster Schülerkompetenzen massenhaft hervorragende Zeugnisse aus, und die Voraussetzungen für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe wurden einfach gesenkt, damit es wieder passt: Selbst mit einer Fünf in Mathe kommt man seitdem irgendwie durch.

Dass es nicht so genau darauf ankommt, das lebt die Verwaltung vor, auch und ausgerechnet bei Mathe und Deutsch. Monatlang gab die Bildungsbehörde auf ihrer Website bei der Beispielrechnung für eine Durchschnittsnote die Summe von »3 + 3« mit »5« an. Erst als jemand das schriftlich infrage stellte, wurde noch einmal nachgerechnet und dann geändert. Auf der Serviceseite der Bildungsverwaltung zu den Corona-Testzentren für Schulen sind drei von zwölf Straßennamen falsch geschrieben. Und die Senatspublikation »Grundwortschatz Deutsch«

ging unkorrigiert mit dem Hinweis »1. und 2. Jahrgangssufe« in Druck, was sich nicht einmal mit der Berliner Begeisterung für das Pädagogik-Konzept »Schreiben nach Gehör« erklären ließ. Wegen des großen Erfolgs erschien der »Grundwortschatz Deutsch« dann in einer anderen Version auch für die etwas Älteren, und selbstverständlich lautete der Hinweis auf dem Titelumschlag hier: »3. und 4. Jahrgangssufe«.

Dass auf Berliner Zeugnissen zuweilen »Grunschule« steht, findet die Bildungsverwaltung aber nicht so lustig: »Grundsätzlich hat jedes Kind einen Anspruch auf ein formal korrektes Zeugnis«, teilt die Behörde dazu mit. Allerdings hat auch jedes Kind einen Anspruch auf eine formal korrekte Grundschulausbildung. Und eben die ist nicht gesichert, wenn weniger als die Hälfte der neuen Lehrkräfte eines Jahrgangs eine pädagogische Ausbildung hat.

In einem grotesken Missverhältnis zu den Zuständen an den Schulen stehen die politischen Versprechen und Absichtserklärungen. Die Koalitionsverträge, alle fünf Jahre aufs Neue verfasst, sind Dokumente des Scheiterns und der Hilflosigkeit, und das seit mehreren Schülergenerationen. »Bildung hat Priorität!«, heißt es da im Jahr 2001, und »Wir wollen die beste Bildung für alle« 2011. Doch in den zehn Jahren dazwischen wurde die Bildung in Berlin vor allem kaputtgespart. Priorität hatte die Haushaltskonsolidierung, nichts wurde besser. Wie zum Hohn erklärte der Senat dann 2016 auf den Trümmern seiner eigenen Politik: »Wir wissen: Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung (...) sind die Stärken Berlins.«

Drei Jahre später wurde die Bildungssenatorin von einem Stadtmagazin zur peinlichsten Berlinerin gekürt, die Begründung: »Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist die SPD in Berlin für die Bildung zuständig. Die auch schon acht Jahre unter Sandra Scheeres reihen sich nahtlos ein: Vollfrust.«

Vermutlich handelte es sich dabei um ein Missverständnis: So richtig zuständig ist in Berlin für Missstände niemand. Schriftliche Beschwerden von Eltern etwa über einstürzende Schulbauten ihrer Kinder werden von der Bildungsverwaltung rigoros abgebugelt: »In der Sache muss ich Ihnen leider mitteilen, dass Frau Senatorin Scheeres die falsche Adressatin für Ihre Anliegen ist«, heißt es beispielsweise in einem Antwortschreiben, und: »Insofern bitte ich von der weiteren Versendung von Postkarten abzusehen.«

Es ist das größte Verdienst der damaligen Senatorin, dass sie noch im selben Jahr, in dem sie zur unbeliebtesten Berlinerin gekürt wurde, eine unabhängige Expertenkommission zur Schulqualität damit beauftragte, die Missstände zu analysieren und Wege aus dem Bildungsdesaster zu weisen. Es bleibt ihr Geheimnis, warum sie das erst im achten Jahr ihrer Amtszeit tat und nicht gleich zu Beginn. Aber sie erwies damit nicht nur der Berliner Schule einen letzten Dienst, sondern der gesamten deutschen Bildungspolitik.

Was in Berlin passiert ist, das passiert im Kleinen und in Teilen auch anderswo in der Republik. Nur bündelt sich eben in Berlin all das, was auch anderswo schief läuft. Das Berliner Bildungsdesaster ist deshalb Warnung und Lehrstück zugleich. Hier lässt sich erkennen, was geschieht, wenn Bildungspolitik zum Klassenkampf wird. Hier lässt sich aber auch ableiten, wie es besser geht – und was es zu verhindern gilt. *Das* eine Vorbild, *das* eine Land, das alles richtig macht, gibt es nicht. Aber Berlin scheint alles, na gut: fast alles falsch anzugehen – und wird so unfreiwillig für alle, die es ernst meinen mit besseren Bildungschancen, mit einer besseren Schule, zum »Anti-Role Model« einer modernen Fehlerkultur: Nur aus der Beschäftigung mit dem Falschen erwächst das Wissen um das Richtige. Was in Berlin passiert, im Guten wie im Schlechten, kann deshalb

allen helfen: von der Bestandsaufnahme über die Analyse bis zur Schlussfolgerung.

Die Qualitätskommission, die den Anfang machen sollte und fulminant an die Arbeit ging, bestand aus zwei Gruppen: einer wissenschaftlichen Expertenkommission und einer Praxiskommission. Zu Letzterer gehörten relevante Akteure im Bildungsbereich sowie Praktikerinnen und Praktiker aus Kindertagesstätten, Schulen, Instituten und der Bildungsverwaltung, die der Expertenkommission regelmäßig Rückmeldungen gab. An deren Spitze stand Olaf Köller vom Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik. Die Kommission setzte sich zusammen aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung, unter anderem vom Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, der Alice Salomon Hochschule Berlin und des Kölner Mercator-Instituts für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache. Als Berater und Moderator fungierte der Hamburger Staatsrat a. D. Michael Voges. Kompetenter konnte eine Bildungskommission kaum besetzt sein. Im Oktober 2020 lag das 101 Seiten umfassende Gutachten vor.

Wer die Berliner Zustände kennt und beginnt, das Gutachten zu lesen, meint, in einer anderen Welt zu leben. Kaum zu fassen, was dort steht – es klingt ja auch wirklich märchenhaft: In Berlin, so die Erkenntnis der Kommission, wird nach den Jahren der Knappheit heute nicht nur mehr Geld in die Bildung gepumpt als überall sonst in Deutschland, nein: Auch verfügt die Stadt »über Ressourcen und Potenziale für die Gestaltung des Schulsystems, die in anderen Ländern nicht im selben Ausmaß vorhanden sind«. Und das beginnt laut Gutachten bereits dort, wo der weitere Verlauf der Schulkarriere maßgeblich angelegt wird: in den Kitas. Berlin habe auch dort »große Erfahrung und besitzt eine vergleichsweise gut ausgebaute institutionelle Inf-

rastruktur für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren«. Geradezu vorbildlich ist nach Auffassung der Expertinnen und Experten, was die Stadt in den Kitas zu bieten hat. Demnach gilt Berlin für viele Bundesländer sogar als Referenzmodell.

Auch was die Hochschulausbildung künftiger Erzieherinnen und Erzieher betrifft, sieht die Kommission das Bild eines Bildungsmusterlandes: Die Frühpädagogik spielt hier bereits seit vielen Jahren eine wichtige Rolle, zudem sind wissenschaftliche Forschung und Praxis eng verknüpft. Sogar die Kontrolle erscheint absolut vorbildlich, jedenfalls auf dem Papier: »In Berlin existiert ein gesetzlicher Rahmen zur Qualitätssicherung.« Es gibt interne und externe Evaluationsverfahren, auch hier war Berlin wieder einmal schneller als alle anderen Länder.

Wow ... Wer das so liest, reibt sich verwundert die Augen: Meckert Berlin da einfach nur auf sehr hohem Niveau? Haben die Eltern Wahrnehmungsstörungen? Sind die Kita-Beschäftigten und die Lehrkräfte zu faul, oder die Schüler zu doof? Ist die politische Opposition in einem beständigen, destruktivem Wahlkampfmodus? Sind da Berlinhasser am Werk? Werden die Zahlen, Daten und Fakten von Fans Rühmann'scher Feuerzangenpädagogik absichtlich heruntergerechnet und fehlinterpretiert? Ist die Diskrepanz zwischen Schein und Sein das Ergebnis eines Klassenkampfes, der ausgetragen wird auf dem Rücken der Schwächsten? Und, nicht zu vergessen: Machen die Medien in Wahrheit alles nur schlecht?

Das jedenfalls gehörte zur Botschaft von Mark Rackles. Sieben Jahre führte der von vielen geschätzte Staatssekretär die Bildungsverwaltung. Sein Idealbild von Bildung war streng theoretisch, Abweichler waren ihm ein Graus; fast eine Dekade lang war er Sprecher der SPD-Linken in Berlin. Anfang 2019 zog er sich aus dem Amt zurück, »im gegenseitigen Einvernehmen«, wie es hieß – und um zu »verstehen, was ich selbst falsch